

Allgemeine Fördergrundsätze

für Förderungen im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms 2014-2020 für das Land Bremen - Arbeit, Teilhabe, Bildung - (BAP) in der ESF- Förderperiode 2014-2020

I. Einleitung

Die Schwerpunkte der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sind im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm 2014-2020 für das Land Bremen - Arbeit, Teilhabe, Bildung - (BAP) für die Förderperiode 2014 bis 2020 festgelegt.

Im BAP sind auf der Grundlage der globalen Zielsetzungen der EU und des Bundes spezifische Schwerpunkte und Interventionen entwickelt, die in Unterfonds zusammengefasst sind. Diese Schwerpunkte stellen die besonderen Problemlagen und arbeitsmarktpolitischen Anforderungen des Zweistädtestaates in den Mittelpunkt der Förderung.

Das BAP bildet darüber hinaus das Gesamtbudget der Arbeitsförderung des Landes ab, das sich aus Landesmitteln der Freien Hansestadt Bremen und des Europäischen Sozialfonds (ESF) zusammensetzt.

Die „Allgemeinen Fördergrundsätze“ beschreiben den Rahmen, in dem Förderungen aus dem BAP im Land Bremen erfolgen können, unabhängig davon, ob die Förderung mit ESF-Mitteln oder Landesmitteln erfolgt. Berücksichtigung finden dabei die anwendbaren Rechtsvorschriften.

Gegenstand der Förderung nach diesen „Allgemeinen Fördergrundsätzen“ sind die BAP-Unterfonds A 1, A 2, B 1, B 2, C 1, C 2 und E. Die BAP-Unterfonds C 3 und D werden von diesen „Allgemeinen Fördergrundsätzen“ nicht erfasst.

Die „Allgemeinen Fördergrundsätze“ werden in der Regel durch spezifisch auf Unterfonds des BAP bezogene „Besondere Fördergrundsätze“ und durch auf einzelne Interventionen bezogene „BAP-Interventionsblätter“ ergänzt.

In den BAP-Interventionsblättern werden für jede Intervention jeweils – einheitlich gegliedert – festgelegt:

- der Geltungsbereich,
- mitgeltende Fördergrundsätze,
- Ziel der Förderung,
- Gegenstand der Förderung,
- Antragsberechtigte,
- Anforderungen an Zielgruppe/n,
- Anforderungen an Projektinhalte,
- Ausschlusskriterien,
- Art der Beantragung,
- Antragsunterlagen,
- Art der Förderung,
- Höhe der Förderung,
- Auszahlung der Förderung,
- Anforderungen an den Verwendungsnachweis,

- Berichtspflichten,
- Ggf. Beihilferelevanz,
- Ggf. besondere Hinweise und Verfahren,
- Frühester/spätester Förderbeginn, spätestes Projektende.

II. Rechtsgrundlagen

Für eine Förderung aus Mitteln des BAP 2014-2020 gelten folgende Vorschriften und Rechtsgrundlagen in ihren jeweils gültigen Fassungen¹:

Vorschriften und Rechtsgrundlagen für BAP und ESF-OP

- Das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm 2014-2020 – Arbeit, Teilhabe, Bildung – (BAP) des Landes Bremen
- Operationelles Programm für den Europäischen Sozialfonds im Land Bremen (CCI Nr.: 2014DE05SFOP016)

Vorschriften und Rechtsgrundlagen der Freien Hansestadt Bremen

- Landeshaushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen (LHO)
- Allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung (VV-LHO)
- VV-LHO zu § 23 LHO (Zuwendungen)
- VV-LHO zu § 44 LHO (Zuwendungen)
- Allgemeine Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P)
- Bremisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BremVwVfG)
- Bremisches Reisekostengesetz (BremRKG)
- Mindestlohngesetz für das Land Bremen (MindLohnG)

Gesetze und Vorschriften zum Vergaberecht

- Informationen zum Vergaberecht auf der [Website des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen](#)
- Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge

Vorschriften und Rechtsgrundlagen des Bundes

- Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG)
- Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
- Gesetz gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG)

Vorschriften und Verordnungen der Europäischen Union

- [Verordnung \(EU\) Nr. 1303/2013 \(Allg. Bestimmungen für EFRE, ESF, Kohäsionsfonds\)](#)
- [Verordnung \(EU\) Nr. 1304/2013 \(ESF-Verordnung\)](#)
- [Verordnung \(EU\) Nr. 480/2014 \(Ergänzung der allg. Bestimmungen für EFRE, ESF und Kohäsionsfonds\)](#)
- [Verordnung \(EU\) Nr. 821/2014](#) (Durchführungs-VO zur Übertragung und Verwaltung von Programmbeiträgen, die Berichterstattung über Finanzinstrumente, die technischen Merkmale der Informations- und Kommunikationsmaßnahmen für Vorhaben und das System zur Aufzeichnung und Speicherung von Daten)
- [Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union \(AEUV\)](#), insbes. [Art. 107 \(Beihilfe\)](#)

¹ Die jeweils gültigen Fassungen sind über Links abrufbar, die auf der Website www.esf-bremen.de eingestellt sind.

- [Verordnung \(EU\) Nr. 651/2014 \(Gruppenfreistellungsverordnung\)](#)
- [Verordnung \(EU\) Nr. 1407/2013 \(De-Minimis-Verordnung\)](#)
- [Verordnung \(EU\) Nr. 360/2012](#) (über die Anwendung der Art. 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) auf De-Minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) erbringen)

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Die bewilligende Stelle entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

III. Gegenstand, Ziel und Zweck der Förderung

Die Struktur und Zielsetzung des BAP 2014-2020 hat drei Prioritätsachsen und Investitionsprioritäten des operationellen Programms des ESF 2014-2020 der Freien Hansestadt Bremen zur Grundlage. Daraus ergeben sich jeweils die Unterfonds des BAP mit verschiedenen Interventionen innerhalb der Unterfonds.

Eine Förderung aus Mitteln des BAP 2014-2020 hat zum Ziel, die Aufwärtsmobilität Beschäftigter zu unterstützen, erwerbsfähigen Menschen den Weg in eine Ausbildungs- oder Arbeitsaufnahme mit der Perspektive einer existenzsichernden Beschäftigung zu erleichtern und/oder Integrationshemmnisse zu mildern.

Dabei sollen insbesondere an- und ungelernte Personen sowie SGB-II-Beziehende gefördert werden. Menschen mit Migrationshintergrund, (alleinerziehende) Frauen und Menschen mit Behinderungen werden in allen Unterfonds des BAP aufgrund ihrer besonderen Benachteiligungen besonders berücksichtigt.

Diese übergreifenden Zielsetzungen und Vorgaben des BAP werden in den „Besonderen Fördergrundsätzen“ zu den jeweiligen Unterfonds des BAP ausgeführt. Die im Einzelnen im BAP geförderten Interventionen sind in „BAP-Interventionsblättern“ konkret beschrieben.

Grundsätzlich werden arbeitsmarktpolitische Projekte und Maßnahmen gefördert, die geeignet sind, die im BAP 2014-2020, in den Fördergrundsätzen und BAP-Interventionsblättern beschriebenen Ziele zu erreichen.

IV. Art, Umfang und Höhe der Förderung

Zuwendungen aus Mitteln des BAP 2014-2020 werden im Wege einer Projektförderung als nicht rückzahlbarer Zuschuss auf unterschiedliche Weisen gewährt: Je nach Art der Intervention erfolgt die Förderung als Fehlbedarfsfinanzierung, Anteilsfinanzierung oder als Festbetragsfinanzierung entsprechend Nr. 1 und Nr. 2 der AN-Best P.

Die Festbetragsfinanzierung kann auch in Form von Pauschalbeträgen (Lump sums) oder Standardeinheitskosten (SEK) erfolgen. Darüber hinaus sind Verträge möglich, in denen ein Leistungsaustausch beschrieben ist.

Bei der Fehlbedarfsfinanzierung können Teile der Zuwendung über Pauschalsätze gefördert werden. Eine Pauschalierung von einzelnen Ausgabepositionen ist ebenfalls möglich. Die konkrete Finanzierungsart und die Anwendung von möglichen Vereinfachungsoptionen sind in den jeweiligen BAP-Interventionsblättern ausgewiesen.

V. Zuwendungsvoraussetzungen

Zuwendungen werden nur unter den nachfolgend genannten Voraussetzungen gewährt:

- 1) Eine Förderung wird nur für Projekte und Maßnahmen gewährt, die zum Zeitpunkt der Bewilligung noch nicht begonnen haben.
- 2) Projekte und Maßnahmen werden nur gefördert, wenn kein Regelförderungsanspruch nach dem Sozialgesetzbuch oder anderen gesetzlichen Grundlagen besteht.
- 3) Eine Komplementär-Förderung aus ESF-Mitteln des Landes und des Bundes ist nicht möglich (Verbot der Doppelförderung). Eine Komplementärförderung aus Mitteln des EFRE (Cross-Financing) bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung der ESF- und

EFRE- Verwaltungsbehörden.

- 4) Die Zuwendungen werden ausschließlich nachrangig gewährt. Alternative Fördermöglichkeiten, zum Beispiel der Europäischen Union, der ESF-Bundesprogramme, der Bundesrepublik Deutschland, der Bundesagentur für Arbeit, der Jobcenter sowie in Form von Landesmitteln anderer Senatsressorts und kommunaler Mittel sind vorrangig in Anspruch zu nehmen.

VI. Anforderungen an Antragstellende und deren Kooperationspartner (Auswahlkriterien)

Soweit in den Interventionsblättern nichts anderes bestimmt ist, sind für Interventionen juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechtes sowie Personengesellschaften und eingetragene Kaufleute und Einzelunternehmen, jeweils mit Sitz im Land Bremen, antragsberechtigt.

Die Formulierung „juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechtes“ in den Interventionsblättern schließt daher stets Personengesellschaften, eingetragene Kaufleute und Einzelunternehmen ein. Für eine Förderung ist eine betriebliche Steuernummer erforderlich, bei Einzelunternehmen auch eine Gewerbeanmeldung.

Darüber hinaus werden Zuwendungen nur unter Einhaltung der folgenden Voraussetzungen bei Antragstellenden und deren Kooperationspartnern gewährt:

- 1) Eine ordentliche Geschäftsführung muss sichergestellt sein. Bei einzelnen Interventionsarten müssen entsprechende Testate von Prüfinstanzen (z.B. Wirtschaftsprüfer) der bewilligenden Stelle vorgelegt werden.
- 2) Die Vergütung der Beschäftigten und Teilnehmenden muss auf Grundlage der geltenden Tarifverträge oder ersatzweise ortsüblichen Entlohnung erfolgen.
- 3) Das Mindestlohngesetz des Landes Bremen ist einzuhalten, darin eingeschlossen sind auch Beschäftigte, die nicht oder nur zeitweise im beantragten Vorhaben tätig sind.
- 4) Zuwendungsempfangende und deren Kooperationspartner müssen erklären, dass gegen sie kein Insolvenzverfahren eröffnet ist und sie keine eidesstattliche Versicherung gem. § 807 Zivilprozessordnung abgegeben haben.
- 5) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens muss gesichert sein.
- 6) In den Besonderen Fördergrundsätzen und Interventionsblättern können Anforderungen hinsichtlich eines Qualitätsmanagementsystems (QMS) gestellt werden.

VII. Allgemeine Förderbedingungen

Zuwendungen werden nur unter Einhaltung der folgenden allgemeinen Förderbedingungen gewährt. Die Zuwendungsempfangenden und deren Kooperationspartner

- 1) verpflichten sich, für die Maßnahme eine getrennte Buchführung vorzunehmen oder alle Transaktionen für die durchzuführende Maßnahme in einer kodifizierten Buchführung zu erfassen,
- 2) verfügen über ein zuverlässiges System zur Erfassung aller finanziellen und statistischen Daten ihres Vorhabens und nehmen an den von der bewilligenden Stelle vorgesehenen Stammbblattverfahren teil,
- 3) verpflichten sich, Überprüfungen der Europäischen Kommission, des Europäischen Rechnungshofes, des Rechnungshofes der Freien Hansestadt Bremen sowie Bediensteten der mit der Umsetzung des BAP betrauten Stellen der Freien Hansestadt Bremen zuzulassen und bei den Überprüfungen mitzuwirken,
- 4) erklären ihr Einverständnis, in das zu veröffentlichende Verzeichnis der Begünstigten aufgenommen zu werden,
- 5) verpflichten sich zur Einhaltung der Vorschriften zur Publizität gem. VO (EU) 1303/2013 (Anhang XII). Zusätzlich dazu sind Unterlagen, die im Zusammenhang mit der gewährten Zuwendung ausgestellt werden, mit Angaben zur bewilligenden Stelle zu versehen. Bei allen Informations- oder Werbemaßnahmen, Pressemitteilungen, Vorträgen, Printmedien,

elektronischen Medien, Plakaten, sonstigen Werbematerialien ist auf die Förderung durch den ESF hinzuweisen. Auf eine gendergerechte Sprache und Bildgestaltung ist zu achten. Die Teilnehmenden der Vorhaben sind über die Unterstützung aus Mitteln des BAP 2014-2020 und dem ESF nachweislich zu informieren,

- 6) gewährleisten mit ihrer Konzeption und deren Umsetzung, dass Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund² gleiche Zugangschancen und gleiche Chancen zum Erreichen des Förderzieles ermöglicht werden,
- 7) beachten die ESF-Querschnittsziele und verfügen über die entsprechenden Kompetenzen,
- 8) beachten die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung,
- 9) stellen die Ergebnisse der Projekte und Maßnahmen nach deren Abschluss der Allgemeinheit in geeigneter Form zur Verfügung,
- 10) schließen untereinander einen Vertrag ab, der eine Verpflichtung zur Einbringung der Kofinanzierungsanteile, weitere Verpflichtungen und Rechte zur gegenseitigen Leistungserbringung, zu den Anforderungen der projektspezifischen „Besonderen Fördergrundsätze“ und „BAP-Interventionsblätter“ sowie den Bedingungen des Zuwendungsbescheids und der Nebenbestimmungen enthält,
- 11) erfassen die Anwesenheit der Teilnehmenden entsprechend der Vorgaben der bewilligenden Stelle und lassen diese grundsätzlich von den Teilnehmenden gegenzeichnen,
- 12) informieren die Teilnehmenden über ihre Datenschutzrechte und lassen dies durch die Teilnehmenden schriftlich bestätigen.

VIII. Antragstellung (Auswahlverfahren)

Für die Bewilligung einer Zuwendung bedarf es eines schriftlichen Antrags. Dem Antrag sind mindestens beizufügen:

- eine inhaltliche Beschreibung und Konzeption des Vorhabens,
- ein Kosten- und Finanzierungsplan,
- eine Erklärung, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen worden ist,
- eine Erklärung zur Vorsteuerabzugsberechtigung,
- eine Erklärung zum Kofinanzierungsanteil, sofern Kooperationspartner vorgesehen sind.

Anforderungen zur inhaltlichen Beschreibung und Konzeption des Vorhabens, den darin zu tätigen Ausführungen und Angaben sowie zu deren Umfang und Gliederung werden in den BAP-Interventionsblättern benannt. Für die Beantragung von Projekten sind die zum Zeitpunkt der Antragstellung gültigen und auf der Website www.esf-bremen.de veröffentlichten Antragsformulare nebst ergänzenden Unterlagen zu verwenden.

Für die Antragstellungen im Rahmen des BAP 2014-2020 sind unterschiedliche Auswahlverfahren vorgesehen:

Anträge im Rahmen von wettbewerblichen Verfahren:

Wettbewerbliche Verfahren kommen zur Anwendung, wenn nur eine oder eine sehr begrenzte Zahl von Förderzusagen für eine Intervention erfolgen kann, jedoch eine größere Anzahl an Anträgen zu erwarten ist. Aus den eingegangenen Anträgen werden der wirtschaftlichste bzw. die wirtschaftlichsten, unter Beachtung einer angemessenen Preis-Qualität-Relation, ausgewählt. Wettbewerbsaufrufe werden auf der Website der bewilligenden Stelle veröffentlicht. Über das wettbewerbliche Verfahren werden potentielle Anbieter und Anbieterinnen zudem in einer Informationsveranstaltung unterrichtet.

Anträge im Rahmen eines Einzelantragsverfahrens im Zeitstafelverfahren:

Für Angebote im Rahmen von Zeitstafeln gilt grundsätzlich das folgende Verfahren: Es können jederzeit Förderangebote eingereicht werden. Die bis zu einem Stichtag eingegangenen

² Eine genaue Definition der Zielgruppe der „Menschen mit Migrationshintergrund“ wird in den Informationsblättern des ESF-Handbuches enthalten sein.

Angebote werden jeweils halbjährlich von der bewilligenden Stelle bewertet. Anschließend werden die eingegangenen Angebote mit den beteiligten Stellen abgestimmt und ggf. zur Förderung vorgeschlagen. Dadurch entsteht ein kontinuierliches wettbewerbliches Verfahren.

Stichtage sind der 1. März und der 1. September eines Jahres. Ggf. abweichende Regelungen sind in den jeweiligen Interventionsblättern vermerkt. Eingereichte Angebote können frühestens 4 Monate nach den Stichtagen beginnen. Somit können Projekte für den Stichtag 1. März frühestens ab dem darauf folgenden 1. Juli eines Jahres und für den Stichtag 1. September frühestens ab dem darauf folgenden 1. Januar eines Jahres beginnen.

Der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen werden für die entsprechenden BAP-Unterfonds und Interventionen in der Regel zwei Mal jährlich die eingegangenen Angebote, deren Bewertung und die daraus resultierenden Fördervorschläge vorgelegt. Der Fördervorschlag der bewilligenden Stelle erfolgt auf Basis der Gesamtbewertung der jeweils eingereichten Angebote unter Berücksichtigung des vorgegebenen Gesamtbudgets.

Durch diesen regelmäßigen Turnus können zum einen die Angebote durch die Dienstleister hinsichtlich der angestrebten Umsetzungszeiten geplant und gezielt vorbereitet werden. Der regelmäßige Turnus führt zum anderen zu kontinuierlichen Angeboten. Weiterhin wird eine Häufung von parallelen Beginnsterminen, die eine Zuweisung ausreichender Teilnehmer und Teilnehmerinnen durch die Jobcenter erschweren können, vermieden. Der halbjährliche Turnus ermöglicht es darüber hinaus, Projekte zunächst auch für kürzere Zeiträume zu fördern und eine Fortführung der Förderung von den erreichten Projektergebnissen abhängig zu machen.

Anträge im Rahmen sonstiger Einzelantragsverfahren:

Das Verfahren ist überwiegend für Kleinvorhaben und Ziele vorgesehen, für die innerhalb der Förderdauer laufend Anträge gestellt, geprüft und beschieden werden können, sowie für Vorhaben, die nur von bestimmten, in den Interventionen näher benannten, potentiellen Zuwendungsempfängern durchgeführt werden können. Einzelanträge können auch für innovative Vorhaben mit hoher Arbeitsmarktrelevanz gestellt werden, soweit dies in den Interventionsblättern nicht anders geregelt ist.

Das jeweils mögliche Verfahren wird in den „Besonderen Fördergrundsätzen“ und/oder „BAP-Interventionsblättern“ vorgegeben.

IX. Anforderungen an den Kosten- und Finanzierungsplan

- 1) Die unmittelbar in dem beantragten Projekt entstehenden Ausgaben sowie deren vorgesehene Finanzierung werden in einem detaillierten Kosten- und Finanzierungsplan dargelegt. Der Plan enthält Angaben zu den Gesamtausgaben, zur Höhe und zum Anteil der ESF- Förderung, der Landesmittelförderung, der Kofinanzierung sowie der privaten Mittel.
- 2) Die förderfähigen Ausgaben sind im eingereichten Kostenplan, gegebenenfalls durch Pauschalbeträge, konkret benannt und enthalten Personalkosten, Fortbildungskosten, Teilnehmerkosten, projektbezogene Sachkosten, Abschreibungen und indirekte Kosten.
- 3) Bei Anwendung von Pauschalsätzen gem. Artikel 14, Abs. 2 der VO (EU) 1304/2013 bezieht sich der einzureichende Finanzplan auf der Ausgabenseite auf die Aufgliederung der direkten Personalkosten für das Projektpersonal und den Ausweis des prozentualen Betrages für alle anderen Ausgaben des Vorhabens.
- 4) Bei Anwendung von Pauschalsätzen gem. Artikel 68, Abs. 1b der VO (EU) 1303/2013 bezieht sich der einzureichende Finanzplan auf der Ausgabenseite auf die Aufgliederung der direkten Personalkosten für das Projektpersonal sowie der projektbezogenen Sachkosten, den Ausweis des prozentualen Betrages für administrative, indirekte Ausgaben des Vorhabens.
- 5) Bei Anwendung von Standardeinheitenkosten gem. Artikel 67 Abs. 1b i.V. mit Abs. 5 der VO (EU) 1303/2013 bezieht sich der einzureichende Finanzplan auf der Ausgabenseite auf die Darstellung und Begründung der geplanten zu erbringenden Einheiten.
- 6) Dem Kosten- und Finanzierungsplan sind die Prinzipien des sparsamen und wirtschaftlichen

Umgangs mit öffentlichen Mitteln zu Grunde zu legen. Die von der bewilligenden Stelle vorgegebenen Höchstgrenzen für die Ausgaben für hauptamtliches und nebenamtliches Personal sind einzuhalten.

- 7) Grundsätzlich sind alle Möglichkeiten einer Kofinanzierung durch Dritte darzustellen und im Projekt nachzuweisen. Anteile der Kofinanzierung können auch durch Freistellungskosten für Beschäftigte oder Teilnehmerkosten nach SGB II eingebracht werden.
- 8) Die tatsächlich erzielten Einnahmen und getätigten Ausgaben sind durch quitierte Rechnungen und Originalbelege nachzuweisen. Die Belege sind mindestens bis zum 31.12.2028 aufzubewahren.
- 9) Bei der Förderung von Standardeinheitskosten und Pauschalbeträgen bestehen die vorzulegenden Belege aus den Unterlagen, durch die die Erbringung der geleisteten Einheiten bzw. Erreichung der vereinbarten Ziele zweifelsfrei nachgewiesen werden.
- 10) Für durch Pauschalsätze geförderte Ausgabenbereiche ist ein Nachweis durch quitierte Rechnungen nicht erforderlich.
- 11) Entsprechend Artikel 67 Abs. 1a und Artikel 69 Abs. 2 der VO (EU) 1303/2013 werden Abschreibungen für Förderungen in Übereinstimmung mit Nr. 1.4. Satz 2 und 3 der Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO als förderfähige Ausgaben anerkannt.

Die vorgenannten Anforderungen können durch weitere, in den „Besonderen Fördergrundsätzen“ oder „BAP-Interventionsblättern“ genannte Anforderungen, etwa zur Einreichung zusätzlicher Unterlagen, ergänzt werden.

X. Querschnittsziele

Alle geförderten Vorhaben sollen die Querschnittsziele des BAP erfüllen. Der Projektbezug zu den Querschnittszielen ist in der Regel bei der Angebotseinreichung darzulegen. Bei kleineren Einzelmaßnahmen sind die Bezüge zu den Querschnittszielen bereits in der Interventionsbeschreibung definiert.

Die Förderungen im Rahmen aller ESF-finanzierten Unterfonds werden mit den folgenden Querschnittszielen hinterlegt:

- Chancengleichheit für Menschen mit Migrationshintergrund,
- Chancengleichheit für Frauen und Männer,
- Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen sowie
- Abbau regionaler/lokaler Unterschiede.

Insgesamt sollen in den Fonds A bis C des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm 53% aller teilnehmenden Personen Frauen und 41% Menschen mit Migrationshintergrund sein.

XI. Bewilligung

Zuwendungen werden durch einen schriftlichen Zuwendungsbescheid bewilligt. Über die Gewährung der Zuwendung bzw. über die Ablehnung eines Angebotes erhalten die Antragstellen- den einen schriftlichen Bescheid.

Für bewilligte Projekte werden im Bewilligungsbescheid in der Regel Kennziffern und Leistungsziele vereinbart. Bei Nichterreicherung kann die Zuwendung gekürzt werden.

Der Verlauf und Erfolg der Projekte wird anhand dieser Kennziffern und der zu vereinbarenden Meilensteine regelmäßig durch die bewilligende Stelle überprüft.

XII. Auszahlungsanträge / Anforderung von Mitteln

Für die Auszahlungsanträge sind die von der bewilligenden Stelle vorgesehenen Formulare zu verwenden. Für die Auszahlungen bzw. Zuwendungen müssen die folgenden Vorgaben eingehalten werden:

- 1) Zuwendungen dürfen nur insoweit und nicht eher ausgezahlt werden, als sie voraussichtlich innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwen-

- dungszwecks benötigt werden. Bei Zuwendungen mit einem Gesamtbetrag bis zu 5.000 Euro kann davon abgewichen werden.
- 2) Abweichend von den unter XII. 1) genannten Vorgaben kann nach Erteilung des Zuwendungsbescheides eine Vorauszahlung zu Beginn eines Projekts geleistet werden. Der Auszahlungsbetrag beträgt maximal 75% der für die ersten zwei Monate eines Projekts zu erwartenden Ausgaben.
 - 3) Eine Vorauszahlung für Projekte mit Pauschalbeträgen (Lump sums) ist grundsätzlich ausgeschlossen.
 - 4) Hiervon ausgenommen sind Vorauszahlungen bei LOS-Projekten, die über die Intervention B 2.3.1 „Lokales Kapital für Soziale Zwecke, LOS III“ gefördert werden. In dieser Intervention ist eine erste Zahlung auf Anforderung der Zuwendungsempfängerin nach Rechtskraft des Bescheides als Vorauszahlung möglich. Näheres regelt das jeweilige Interventionsblatt.
 - 5) Im Auszahlungsantrag sind die bis zu dem Anforderungszeitraum insgesamt entstandenen und tatsächlich entstandenen Gesamtausgaben für das Projekt anzugeben und nachzuweisen. Die Geltendmachung der Ausgaben erfolgt in Form von Beleglisten.
 - 6) Abgerechnet werden können nur nachgewiesene und tatsächlich ausgezahlte Personalkosten. Kostensteigerungen gegenüber dem bewilligten Finanzplan werden nur anerkannt, wenn sie aus offiziell bestimmten (gesetzlichen bzw. tariflichen) Änderungen resultieren.
 - 7) Abweichend von den Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P) sind bei den im Finanzplan angeführten Ausgabepositionen zur Erfüllung des Zuwendungszwecks notwendige Abweichungen bis zu 20% zulässig, soweit der Höchstbetrag der Zuwendung davon nicht berührt wird. Bei einer Förderung als Fehlbedarfsfinanzierung ohne Nutzung von Pauschalsätzen gem. Artikel 14 Abs. 2 der VO (EU) 1304/2013 oder Pauschalfinanzierungen ist eine Verrechnung zwischen genehmigten Personalkosten und Sachkosten zulässig, soweit die bewilligten Stundenvolumina und die jeweils bewilligten Eingruppierungen des Personals davon nicht berührt sind.
 - 8) Die Erreichung des Zuwendungszwecks, der Zielvereinbarung und/oder der Kennziffern ist mit dem Verwendungsnachweis nachzuweisen. Abweichungen von den vereinbarten Zielen, Kennziffern und Meilensteine müssen der bewilligenden Stelle in jedem Fall unverzüglich nach Bekanntwerden beim Zuwendungsempfänger mitgeteilt werden. Bei Nichterreichen von vereinbarten Zielen kann es zu einer Reduzierung oder zum vollständigen Widerruf der Zuwendung kommen. Bei einer Finanzierung mit Pauschalbeträgen ist eine vollständige Zielerreichung zwingende Voraussetzung für die Auszahlung. Bei einer Förderung in Form von Stundeneinheitenkosten ist mit dem Auszahlungsantrag nachzuweisen, wie viele „Einheiten“ erbracht wurden.
 - 9) In allen Finanzierungsarten kommen 10% der bewilligten Zuwendung erst nach Prüfung des Verwendungsnachweises zur Auszahlung. In begründeten Einzelfällen kann dieser Einbehalt reduziert werden. Hierüber entscheidet die bewilligende Stelle auf Antrag der Zuwendungsempfängerin.
 - 10) Belege, mit denen Ausgaben nachgewiesen werden, sind bis zum 31.12.2028 aufzubewahren.

XIII. Nachweis der Verwendung

Für jede Zuwendung ist bei Abschluss des Projektes ein Verwendungsnachweis einzureichen.

Abweichend von Ziff. 6.1 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) laut Anlage 2 zu BremVwVfG Nr. 6.1 zu § 44 LHO ist für ESF-geförderte Projekte der Verwendungsnachweis spätestens drei Monate nach Abschluss des Projektes einzureichen.

Die Verwendung der Zuwendung ist in Form eines Sachberichts und eines zahlenmäßigen Nachweises nachzuweisen.

Im zahlenmäßigen Nachweis sind die gesamten erhaltenen Einnahmen und die tatsächlich

entstandenen Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans auszuweisen.

Zahlenmäßige Nachweise gem. Nr. 6.1. und 6.3. der ANBest-P werden bei der Anwendung von Vereinfachungsoptionen in folgender Form als ausreichend anerkannt:

- 1) bei Anwendung von Pauschalsätzen gem. Artikel 14 Abs. 2 der VO (EU) 1304/2013 auf der Ausgabenseite in Form aufgliederter direkter Personalkosten (nach Personalstellen) zzgl. eines Aufschlagsatzes für alle anderen Ausgaben,
- 2) bei Anwendung von Pauschalsätzen gem. Artikel 68 Abs. 1b der VO (EU) 1303/2013 auf der Ausgabenseite in Form aufgliederter direkter Personalkosten und direkter Sachkosten zzgl. eines Aufschlagsatzes für indirekte administrative Kosten,
- 3) bei Anwendung von Standardeinheitskosten gem. Artikel 67 Abs. 1b i.V. mit Abs. 5 der VO (EU) 1303/2013 auf der Ausgabenseite in Form einer aufgliederten Darlegung der erreichten Einheiten nach Monaten bzw. Tagen,
- 4) bei Anwendung von Pauschalfinanzierungen gem. Artikel 67 Abs. 1c der VO (EU) 1303/2013 in Verbindung mit Art. 14 Abs. 3 und 4 der VO (EU) 1304/2013 insgesamt durch Darlegung und Dokumentation der gemäß Zielvereinbarung erreichten Ziele des geförderten Vorhabens (eine Förderung erfolgt nur bei 100% Zielerreichung).

Die Vorlage und Prüfung von Originalbelegen gem. Nr. 6.5 und 7 der ANBest-P bezieht sich bei der Abrechnung von Standardeinheitskosten gem. Artikel 67 Abs. 1b i.V. mit Abs. 5 der VO (EU) 1303/2013 sowie bei der Abrechnung von Pauschalfinanzierungen gem. Artikel 67 Abs. 1c der VO (EU) 1303/2013 in Verbindung mit Art. 14 Abs. 3 und 4 der VO (EU) 1304/2013 auf die Belege, die die Erreichung der Leistungseinheiten dokumentieren.

Bei mehrjährigen Bewilligungszeiträumen sind der Sachbericht und der zahlenmäßige Nachweis für jedes Haushaltsjahr jeweils bis zum 28. Februar des Folgejahres der bewilligenden Stelle vorzulegen.

Für die Verwendungsnachweise sind die von der bewilligenden Stelle vorgesehenen Formulare zu verwenden.

XIV. Änderungen

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen behält sich vor, die „Allgemeinen Fördergrundsätze“ entsprechend der Entwicklungen des Arbeitsmarktes im Land Bremen und sich daraus ergebender notwendiger Interventionen sowie entsprechend geänderter Vorschriften auf europäischer, nationaler und/oder Landesebene anzupassen.

XV. Inkrafttreten

Diese Allgemeinen Fördergrundsätze treten am 15. März 2017 in Kraft und gelten bis zum 30. Juni 2021. Sie ersetzen die Allgemeinen Fördergrundsätze vom 24.08.2015 ab dem Datum des Inkrafttretens. Die Regelungen für über Vereinfachungsoptionen geförderte Vorhaben werden rückwirkend für bereits ab 08.12.2014 bewilligte Vorhaben angewendet.

Die formelle Zustimmung des ESF-Begleitausschusses ist am 15. März 2017 erfolgt. Die Senatorin für Finanzen hat im Einvernehmen mit dem Rechnungshof des Landes Bremen am 14. März 2017 ihre Zustimmung zu den allgemeinen Fördergrundsätzen in der vorliegenden Form erteilt.